



Großsparer in Zypern vor gewaltigen Verlusten

Die Sparer der Bank of Cyprus mit einem Vermögen von mehr als 100.000 Euro müssen mit heftigen Verlusten rechnen ...

Die Sparer der Bank of Cyprus mit einem Vermögen von mehr als 100.000 Euro müssen mit heftigen Verlusten rechnen. Denn oberhalb dieser geschützten Summe droht bei jedem weiteren Euro eine Zwangsabgabe von bis zu 60 Prozent. Laut Finanzminister Michalis Sarris werden Vermögende in einem ersten Schritt mit 37,5 Prozent ihrer Einlagen oberhalb der 100.000-Euro-Grenze zur Kasse gebeten.

Wer beispielsweise 200.000 Euro bei der Bank of Cyprus hat, dem bleiben 100.000 Euro sicher. Auf die verbleibenden 100.000 Euro wird nun laut Sarris eine erste Zwangsabgabe von 37,5 Prozent – also 37.500 Euro – erhoben. Weitere 22.500 Euro würden beiseite gelegt. Falls die Bank of Cyprus noch mehr Geld zur Rettung benötige, werde man auch diese 22,5 Prozent nehmen. Die Sparer sollen für ihre Verluste Aktien der Bank bekommen. Nun, wenn das kein Diebstahl im Großformat ist ...

von Originaltext

Quellen:

Der Südafrika-Deutsche

Das könnte Sie auch interessieren:



Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.